Offizielles Organ des Arbeiter- und Soldatenrats

Anzeigenpreise:
Die neungespalt. Kompareillzeile 35 ₰
Inserate für auswärts . . . . . 40 ₰
Arbeitsmarkt- und Wohnungsanzeigen . . . . . 15 ₰
Die viergespaltene Reklamezeile . 1.20 ₰
Bei Wiederholungen Rabatt.
Inserate müssen zwei Tage vor Erscheinen der Zeitung in unseren Händen sein.

Volkswacht

Die Volkswacht erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Bezugspreise:
In Danzig durch unsere Zweigstellen . . . . . monatlich 1.40 ₰
vierteljährlich 4.20 ₰
Durch die Post bezogen außerdem noch Zustellgebühr . monatlich 11 ₰
Einzelnummern . . . . . 10 ₰
Postscheckkonto Danzig Nr. 2141.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition
Paradiesgasse Nr. 32

Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften

Telephon für Redaktion 3795
Expedition 3290

Nr. 55 | Danzig, Freitag, den 7. März 1919 | 10. Jahrgang

Warum Deutschland zusammenbrach.

Amerika im Kriege.

„Die Revolution ist an unserm militärischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch schuld!" Dieser Ruf erschallt immer wieder von den Sitzen der Rechten in der Nationalversammlung und aus dem Blätterwald der vereinigten Reaktion. Sie wollen nicht wissen, daß schon vor dem 9. November das Elend des deutschen Volkes so groß war, wie nie zuvor.

Vor uns liegt eine Broschüre mit dem Titel: „Die Leistungen der Vereinigten Staaten von April 1917 bis November 1918." Das in diesem Buche zusammengestellte Zahlenmaterial zeigt in erschreckender Weise, welch ungeheures Verbrechen die Alldeutschen unter der Führung des Herrn von Tirpitz begingen, als sie den uneingeschränkten U-Bootkrieg erzwangen. Von sozialdemokratischer Seite wurde schon in seiner Geburtsstunde nicht nur auf seine Gefahren hingewiesen, sondern auch — leider erfolglos — der Kampf gegen ihn aufgenommen. Mit Recht befürchtete man von Anfang an den Eintritt Amerikas in den Weltkrieg, der die deutsche Niederlage herbeiführen mußte. Die deutschen Gewaltpolitiker erzählten dagegen dem deutschen Volke, Amerika habe keine Armee, und wenn es eine aufstellen würde, so könne sie nur etwas üben, wenn sie auf den Schlachtfeldern Flanderns kämpfen würde. Dorthin würde sie aber nie kommen, denn unsere U-Boote würden alle Transportdampfer auf den Meeresgrund senden. England wiederum würde man dadurch auf die Knie zwingen, daß man mit dem U-Boot seine Lebensmittelzufuhr unterbinde. Der deutsche Sieg sei so unausbleiblich, und in — sechs Monaten würden wir aber unsere Feinde triumphieren.

Wie es um all diese Vorhersagen bestellt war, zeigen einige Zahlen aus amtlichen Berichten der Vereinigten Staaten zeigen. Danach zählte die amerikanische Armee April 1917 323 000 und im

November 1918 3 021 152 Mann,

von denen 2 Millionen Mann an der Westfront standen.

Ueber die Leistungen der Industrie erfährt man folgendes: In der Zeit von April 1917 bis November 1918 fertigte Amerika 33 054 150 110 Patronen an, was einer Tageserzeugung von durchschnittlich 27 Millionen gleichkommt. Die Monatserzeugung von Hand-, Gewehr- und sonstigen Granaten betrug im Monat November 1918 63 Millionen Stück. An Gewehren stellten die Vereinigten Staaten in der Zeit von April 1917 bis November 1918 insgesamt 2 691 681 Stück her. Im April 1917 verfügte Amerika über 100 Armee-Motorlastwagen, bis November 1918 stieg die Zahl auf 40 000. Die amerikanische Flotte zählte April 1917 204 Schiffe mit 83 323 Mannschaften, im November 1918 waren es bereits 1720 Schiffe mit 561 733 Mannschaften. An Einzelwerften besaß Amerika 1917 235, November 1918 1026. Aeußerst interessant sind die Zahlen über die amerikanische Handelsflotte. Zwischen dem 6. April 1917 und dem 11. November 1918 wurden 2185 Schiffe mit über

3 000 000 Bruttotonnen gebaut.

Ganz erstaunlich ist, was der amerikanische Bauer während des Krieges geleistet hat. Es würde zu weit führen, alle die Zahlen hier anzuführen. Nur einige wenige Angaben über die Ausfuhr von Lebensmitteln nach dem verbündeten und neutralen Auslande mögen dartun, wie „lahmer" unsere Feinde unter dem U-Boot-Krieg und der durch ihn hervorgerufenen Lebensmittelnot zu leiden hatten.

Es wurden in den letzten drei Jahren vor dem Kriege verschifft:

Fleisch- und Fettwaren	915 000 Tonnen,
Weizen und Getreidemehl	3 329 000 Tonnen,
Zucker	618 000 Tonnen,
Futterkorn	950 000 Tonnen.

Unter dem Einfluß des uneingeschränkten U-Boot-Krieges, der unsere Feinde durch Hunger zum Frieden zwingen sollte, wuchs die amerikanische Ausfuhr in der Zeit vom 1. Juli 1917 bis Juni 1918 folgendermaßen:

Fleisch- und Fettwaren .	1 500 000 Tonnen,
Weizen und Getreidemehl	6 000 000 Tonnen,
Zucker	1 500 000 Tonnen
Futterkorn	1 750 000 Tonnen.

Die Ausfuhr betrug also in den drei Jahren vor dem Kriege insgesamt 5 593 000 Tonnen und stieg im Jahre 1917/18 auf insgesamt 11 820 000 Tonnen.

Während also die deutsche Industrie und die deutsche Landwirtschaft in der Kriegszeit immer mehr an Leistungsfähigkeit abnahmen, eine Tatsache, deine das Nichtwahrhabenwollen dieser Tatsache vorliegen, wird für jeden Denkenden darüber klar sein, daß es

für Deutschland ganz unmöglich war, diesen ungeheuren Wucht standhalten zu können.

Um so verbrecherischer und gemeiner war das Treiben der Tirpitz und Ludendorff und ihres alldeutschen Pressefeldzuges vom Schlage des „Hannoverschen Kuriers", die nun dem Wahlspruch „Viel Feind, viel Ehr" am liebsten die ganze Welt zum Feinde gehabt hätten.

Man kann nicht annehmen, daß die tatsächlichen Verhältnisse unbekannt geblieben sind. Man hat das deutsche Volk absichtlich zur Erhaltung dieser alten Ziele in einen dicken Mantel von Lüge gehüllt. [illegible] der Regierung, daß sie all diese Männer, die der Ministerpräsident Scheidemann so zutreffend als „Hasardeure des Weltkrieges" bezeichnet hat, zur Verantwortung zieht und für ihr verbrecherisches Treiben rücksichtslos bestraft. Dieses Material, im Verein mit dem noch nicht veröffentlichten, wird diejenigen, die heute der Sozialdemokratie und der Revolution die Schuld am Elend Deutschlands in die Schuhe schieben, auf die Anklagebank des deutschen Volkes bringen. Der Urteilsspruch wird lauten:

„Ihr seid die Mörder unserer Männer und Söhne! Ihr seid schuld an dem Hungertode von 700 000 Greisen, Frauen und Säuglingen!"

Abbruch in Spa!

Berlin, 6. März. (W. T. B.) Die in Spa geführten Verhandlungen über die Lebensmittelversorgung Deutschlands, die Auslieferung der Handelsflotte und die damit im Zusammenhange stehenden finanziellen Verhandlungen sind abgebrochen worden, nachdem die Alliierten auf der sofortigen Auslieferung der deutschen Handelsflotte bestanden, ohne bindende Verpflichtungen für die Lebensmittelversorgung Deutschlands bis zur nächsten Ernte zu übernehmen.

Es ist eine bittere ernste Nachricht, die da vom Westen kommt. Bedeutet der Abbruch über die Verhandlungen zur Lebensmittelversorgung und zur Auslieferung der Handelsflotte auch nicht das Ende der Verhandlungen überhaupt, so weiß man doch nicht, ob sich die Dinge im Laufe der nächsten Tage derart zuspitzen, daß es zum völligen Bruch kommt.

Es ist ja möglich, daß angesichts der auch immer schwieriger werdenden innerpolitischen Lage der Ententevölker es selbst bei energischem Auftreten der deutschen Unterhändler nicht dazu kommt. Doch soviel ist sicher: das politische und wirtschaftliche Durcheinander in Deutschland reizt ja geradezu die Gegner von links und rechts, selbst dann über uns herzufallen und den deutschen Boden zum Kriegsschauplatz zu machen, wenn auch ihre innerpolitischen und wirtschaftlichen Verhältnisse keineswegs rosig sind.

Auch die kritischen Tage von Spa zeigen wieder einmal deutlich, wie not es der jungen Republik tut, Ordnung und Arbeitswillen aufrechterhalten.

•

Berlin, 7. März. (W. T. B.) Die Erledigung der laufenden Verhandlungen wird durch den Abbruch der Verhandlungen nicht berührt, sondern geht nach wie vor weiter. Im Anschluß an den Abbruch der Verhandlungen wurde eine Note übergeben, in der der Gesamtstandpunkt der deutschen Regierung dargelegt wird.

Appell an die Vernunft.

Die Leitung der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei hat an die sozialdemokratischen Parteien von England, Frankreich, Italien und Belgien ein vom Vorsitzenden Wissell und dem Sekretär Molkenbuhr unterzeichnetes Telegramm gerichtet, in welchem sie auf die unhaltbaren wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland, vor allem in der Arbeiterklasse verweist, die Deutschland zur Verzweiflung treiben und schauderhafte Ausschreitungen verursachen. In Deutschland herrsche fast völliger Mangel an unentbehrlichen Lebensmitteln, eine entsetzliche Sterblichkeit, besonders unter den Kindern, alten Leuten und schwangeren Frauen. Es drohe ein moralischer Zusammenbruch, der ein anarchistisches Chaos zur Folge haben würde, das nicht nur für das deutsche Volk allein gefährlich wäre. Die Lage könnte sich nur dann bessern, wenn die assoziierten Regierungen **sofort Lebensmittel nach Deutschland** schickten. Dies sei nicht nur ein Gebot der Menschlichkeit, deren Stimme durch den Kriegslärm allzulange erstickt worden sei, sondern auch ein **Gebot verständiger Politik**. Das Telegramm schließt mit den Worten: **Wir rufen die sozialistischen Parteien der alliierten Länder vertrauensvoll an, alle ihre Kräfte anzuspannen, damit ihre Regierungen Maßregeln zur Verhinderung des vollständigen Zusammenbruchs des deutschen Volkes treffen, der für ganz Europa verhängnisvolle Folgen haben würde.**

Straßenkampf in Berlin.

Der Straßenkampf in Berlin, dem nach Versicherung unterrichteter Kreise trotz alles äußeren Aufsehens, das die Spartakusleute ihm zu geben bemüht sind, nur eine örtliche Bedeutung zukommt, hat bisher auf das Gebiet um den Alexanderplatz und um das Polizeipräsidium. Die Angreifer auf das Polizeipräsidium bestanden zum Teil aus bewaffneten Arbeitern der Berliner Großbetriebe, aus bewaffneten Arbeitslosen, aus Mitgliedern des roten Soldatenbundes, aus Deserteuren oder freigekommenen militärischen Strafgefangenen sowie aus Teilen der Volksmarinedivision. Donnerstag im Laufe der ersten Morgenstunden zwischen 7 und 8 Uhr vormittags ist der Angriff auf das Polizeipräsidium gescheitert.

Lediglich einer kleinen Abteilung von etwa 30 Mann ist es gelungen, in den Südflügeln des Polizeipräsidiums vorübergehend einzudringen. Diese Abteilung wurde nach kurzer Zeit von der Besatzung des Polizeipräsidiums hinausgeworfen. Das Polizeipräsidium wurde im Laufe des Vormittags weiterhin beschossen und nach allen Seiten abgeschlossen. Daraufhin ist der Garde-Kavallerie-Schützendivision die Säuberung des Alexanderplatzes und die Entsetzung des Polizeipräsidiums übertragen worden. Der Angriff der Garde-Kavallerie-Schützendivision begann etwa 2 Uhr nachmittags und kann bei Einbruch der Dunkelheit als völlig gelungen bezeichnet werden. Es sind noch einzelne Kämpfe im Gange, jedoch kann die Gesamtlage dahin gekennzeichnet werden, daß die Regierungstruppen Herren der Lage sind. Die Volksmarinedivision hat auf dem Marinehaus die weiße Flagge gehißt und das Marinehaus geräumt. Zurzeit ist das Marinehaus von plündernden Zivilisten angefüllt. Eine Wache der republikanischen Soldatenwehr im Marstall hat gegen die Regierungstruppen gefeuert. Der Marstall wurde daraufhin im Sturm genommen und die Wache der republikanischen Soldatenwehr ausgehoben.

Berlin im Dunkeln.

Der Generalausstand hat sich Donnerstag auch auf die Elektrizitätswerke ausgedehnt. Seit 7 Uhr abends ist Berlin ohne elektrisches Licht.

Abflauen des Streiks.

In einer Sitzung der vereinigten sozialdemokratischen Gewerkschaften wurde mitgeteilt, daß sich nach einer vorläufigen Schätzung in Groß-Berlin etwa 38 bis 40 Prozent der gewerblich tätigen Bevölkerung an dem Generalstreik beteiligten. Mittwoch abend war keine Zunahme, sondern eine nicht unbeträchtliche Abnahme der Zahl der Streikenden in den mittleren Betrieben festzustellen.

In einer Vertrauensmännersitzung des Zentralausschusses wurde das Mißtrauen [illegible] gegeben. Seit Beginn des Streiks sind 24 Verhaftungen vorgenommen, meist wegen Plünderung.

Aus dem Reich.

In Leipzig haben gestern Verhandlungen zur Beilegung des Streiks begonnen. Die Bergleute des sächsischen Kohlenreviers bei Borna arbeiten wieder. Im Ruhrrevier sind im ganzen nur noch 6000 Bergarbeiter ausständig. Neue Streikmeldungen kommen aus Oberschlesien. Die Bergleute fordern Entfernung des deutschen Grenzschutzes, Aufhebung des Belagerungszustandes und Entfernung der Offiziere aus Arbeiterräten, sowie Errichtung einer polnischen Schutzwehr. Der Donnerstag-Frühschicht fehlt die Belegschaft von 10 Gruben.

Wie sieht es in Rußland aus?

Mehrere sozialistische Delegierte vom Arbeiter- und Soldatenrat des 1. Armeekorps, die zu Verhandlungen wegen des ungehinderten Abtransportes der Korpstruppen nach Moskau gesandt waren, schildern die augenblicklichen Zustände in Rußland so:

Moskau ist tot und vollständig heruntergekommen. Im Bau befindliche Häuser stehen unvollendet da. Offene Geschäfte findet man überhaupt nicht mehr, und auf den Straßen sieht man nur vom Hunger gezeichnete und verängstete Gesichter. Selbst primitive Bedarfsartikel sind nicht mehr zu haben. Der Versuch eines Delegierten, Ersatz für ein zerbrochenes Brillenglas zu bekommen, mißlang. Lebensmittel war es möglich, in der Stadt nur Notizbuch aufzutreiben.

Die Lebensmittelpreise sind [illegible]. Für einen Apfel werden 18 Rubel (18 Mark), für einen Pfund 9 Rubel bezahlt; 100 Gramm Butter kosten 100 Rubel, 1 Bund 182 deutsche Pfund Mehl 7 [illegible] Rubel, 1 Pfund Brot 12 Rubel. Das Eisenbahnmaterial ist in einem trostlosen Zustande. Ein Teil der gesamten Lokomotivbestände, die Hälfte aller Waggons sind völlig unbrauchbar. Außer der Waffenindustrie gibt es eine Industrie überhaupt nicht mehr. Rohstoffmangel, Arbeitsunlust der unterernährten Arbeiterschaft, Gewaltakte terroristischer Minderheiten haben jeden Unternehmungsgeist gelähmt.

Soziale Einrichtungen bestehen nur noch dem Namen nach. Eine von den Delegierten besichtigte Kinderbewahrstätte spottete jeder Beschreibung. Die Verhältnisse waren hier fürchterlich. In einem mittelgroßen Raum waren 17 Tuberkulose zusammengepfercht. Infolge der Hungersnot sind zahlreiche Seuchen epidemisch geworden. Die Sterblichkeitsziffern sind erschreckend hoch. Säuglinge werden mitunter zur Verteilung von Leichen abgegeben.

Gemeindewahlen.

Dortmund. Mehrheitssozialisten 32, Zentrum 21, Deutsche Volkspartei 11, Demokraten 5, Deutschnationale 2, Vereinigte Angestelltenverbände 4 Sitze.

Essen. Zentrum 21, Mehrheitssozialisten 24, Nationale Vereinigung 16, Unabhängige 9, Polen 2 Sitze.

Mülheim. Zentrum 15, Deutsche Volkspartei 15, Demokraten 5, Mehrheitssozialisten 20, Unabhängige, Kommunisten und Sozialisten 9 Sitze.

Bochum. Zentrum 25, Sozialdemokraten 21, Deutsche Volkspartei 12, Demokraten 3, Polen 2 Sitze.

Oberhausen. Zentrum 21, Mehrheitssozialisten 11, Deutsche Volkspartei und Deutschnationale Volkspartei 9, Polen 7, Unabhängige 1, Demokraten 3, Mittelstandsliste 2 Sitze.

Gamborn. Zentrum 15, Polen 11, Kommunisten 10, Mehrheitssozialisten 7, Deutschnationale und Deutsche Volkspartei 4, Deutsche Demokraten 2 Sitze.

Das Finanzelend Deutschlands.

Von Wilhelm Mert.

Mit [illegible] Offenheit hat der Reichsfinanzminister Schiffer vor der Nationalversammlung die gegenwärtige finanzielle Lage des Deutschen Reiches geschildert. Das Bild, das er entrollte, entspricht den trüben Wahrscheinlichkeitsberechnungen, die von Sachkennern angestellt worden sind. Das deutsche Volk hat bis jetzt 161 Milliarden Mark Reichsschulden auf dem Buckel. Um wieviel sich diese Last noch vergrößern wird, kann niemand voraussagen. Von dem neuen Kredit von 25 Milliarden entfallen 15 Milliarden auf die in den letzten Monaten gemachten Ausgaben. Es muß erst Indemnität erteilt werden für die ohne gesetzliche Ermächtigung bei der Reichsbank eingegangene Wechselschuld. Anders ausgedrückt: es muß nachträglich der 15-Milliarden-Kredit genehmigt werden, der im Oktober im Reichstag angefordert, infolge der Revolution nicht genehmigt wurde, aber trotzdem flüssig gemacht werden mußte. Die weiteren 10 Milliarden stellen einen neuen Kredit dar, der der Reichsregierung zur Verfügung steht. Ob diese Summe ausreichen wird zur Bestreitung der Kosten der [illegible] Demobilisierung und zur Wiederherstellung einer geordneten, friedlichen Staatswirtschaft, das hängt ab von dem Zeitpunkt, an dem der Friede geschlossen wird, und von der Gestaltung unserer wirtschaftlichen Zustände in den nächsten Monaten, die aber auch wieder mit der Friedensfrage im engeren Zusammenhang stehen. Welch großen Einfluß die Wirtschaftslage auf die Reichsfinanzen ausübt, ergibt sich schon aus der Tatsache, daß der Reichsanteil an der Erwerbslosenunterstützung im Januar 1919 auf 67 Millionen gestiegen ist gegen 17 Millionen im Dezember 1918. Dazu kommt der Anteil der Einzelstaaten und Gemeinden an diesem Aufwand!

Das vom Minister Schiffer [illegible] wird noch [illegible] sein, wenn es sich [illegible] auf die Finanzlage der [illegible] Kriegsgewinnsteuer [illegible] Zwecke der Kriegsanleihe [illegible] Kriegsvermögenssteuer [illegible] die Tilgung von Kriegsschäden (Ostpreußen) haben [illegible] auch die Einzelstaaten Ausgaben gemacht, die in die Milliarden gehen, an deren Deckung es aber noch fehlt. Die Lieferungsverbände haben für die von ihnen abgeschlossenen Unternehmungen an Kriegsteilnehmer noch Nachforderungen an das Reich zu stellen, die im Einzelfalle auf drei bis vier Millionen belaufen dürften.

Niemand weiß, wie sehr unsere Finanzlage noch beeinträchtigt werden wird durch die endgültigen Friedensbedingungen. Die Kosten der Wiederherstellung der durch den Krieg zerstörten feindlichen Gebiete hat Deutschland zu übernehmen sich bereit erklärt. Der Geldwert dieser Verpflichtung ist auf 30 Milliarden geschätzt worden. Ob und welche finanziellen Bedingungen die feindlichen Rechnungen darüber hinaus dem deutschen Volke auflegen werden, muß abgewartet werden. Für die feindlichen Staatsmänner, die sich in ihrem Siegesrausch noch den Reflexen nüchterner Urteilsfähigkeit bewahrt haben, sollte es keiner besonderen Versicherung bedürfen, daß es eine Grenze gibt, bei deren Ueberschreitung das deutsche Volk vernunftgemäß jede vertragliche Verpflichtung ablehnen und erklären muß: mach mit mir, was euch beliebt, leid euch aber auch der Folgen bewußt!

Lassen wir diese Möglichkeit zunächst außer Betracht und fragen wir uns, wie wir finanziell weiterkommen. Wir haben uns bisher mit der Anleihe aufnahme und der Notenpresse geholfen. Beide Mittel sind nicht mehr lange anwendbar. Für Kriegsanleihen fehlt es in den nächsten Monaten, wenn unsere Wirtschaft sich wieder auf die Friedensarbeit umstellt, Reichsbeihilfen, die völlig [illegible] Zweck [illegible] wieder füllen soll [illegible]